

Kein Busersatz Die vom Bundesamt für Verkehr hinterfragte Bahnlinie S29 ist gemäss dem ZVV nicht gefährdet.

Region Seite 27

Wildschweine Nach einem Wildschweinbesuch richteten Clubmitglieder das Flugfeld im Schmerlat wieder her.

Region Seite 24

Burma Aung San Suu Kyi und Barack Obama fordern von Burma weitere Schritte in Richtung Demokratie.

Ausland Seite 3



Schaffhauser Nachrichten

SEIT 1861

Region

Früheinsatz im Rückwärtsgang

KLETTGAU Der seit gestern im Klettgau bestehende Schienenersatz mit Bussen hat zu nur wenigen Verspätungen und kaum mehr Staus in der Enge geführt. Einzig die beiden Frühkurse wurden wegen fehlender Kommunikation der DB an einer Strassensperre bei Wilchingen aufgehalten und mussten 500 Meter rückwärtsfahren.

Seite 19

Wirtschaft

Härtere Zeiten für Bierbrauer

ZÜRICH/SCHAFFHAUSEN Harte Zeiten für Schweizer Brauer: Es wird immer mehr Importbier getrunken; es geht immer mehr Bier beim Discounter über den Tresen statt im Restaurant; und immer mehr Leute kaufen ihr Bier im Ausland. Auch die Brauerei Falken spürt diese Trends, behauptet sich aber gut.

Seite 7

Inland

SPD will kein Geld von Schäuble

BERN Für Andrea Nahles, Generalsekretärin der deutschen SPD, ist das Steuerabkommen mit der Schweiz schon vor der Abstimmung vom Freitag gescheitert. Auch angebliche Milliardenbeiträge, auf die der Finanzminister zugunsten der Länder verzichten wollte, änderten daran nichts.

Seite 5

Gsaat isch gsaat

«Von mir aus kann es beim Budget bis um Mitternacht gehen»

Jürg Tanner

SP-Kantonsrat, lag zum Glück daneben



Bis in den Abend hinein verhandelte das Kantonsparlament gestern über das Budget 2013. Links, stehend, Finanzdirektorin Rosmarie Widmer Gysel.

Bild Selwyn Hoffmann

Kein Abbau an der Volksschule, mehr Lohn für das Staatspersonal

Tiefrote Zahlen wird der Kanton Schaffhausen im kommenden Jahr schreiben. Trotzdem wird nicht überall gespart.

VON ZENO GEISSELER UND ERWIN KÜNZI

SCHAFFHAUSEN Der Kanton Schaffhausen rechnet für das Jahr 2013 mit einem Minus von 23,6 Millionen Franken in der laufenden Rechnung. Der Kantonsrat hat gestern ein Budget mit Ausgaben in Höhe von rund 664 Millionen Franken und Einnahmen von rund 640,4 Millionen Franken beschlossen.

Umstritten war vor allem die Lohnfrage: Nach einer Nullrunde im Jahr 2012 wollte die Regierung dem Staatspersonal 1 Prozent mehr Lohn bezahlen. Teile der Bürgerlichen wollten aber nur 0,6 Prozent gewähren. Mit 23 zu 22 Stimmen wurde die Ein-Prozent-Variante angenommen. Weiter hat das Parlament den Finanzplan 2013 bis 2016 zur Kenntnis genommen: Erst 2016 rechnet die Regierung wieder mit schwarzen Zahlen.

Einstimmig für Kompromiss

Bei der Detailberatung kam es beim Erziehungsdepartement (ED) zu einer Überraschung. Christian Ritzmann (SVP, Schaffhausen) wollte via Kürzungen bei der Verwaltung des ED den

Stundenabbau bei der Volksschule verhindern. Dabei wurde er von den Fraktionen von SP/AL und ÖBS/EVP unterstützt. Nach einer hitzigen und langwierigen Diskussion kam es zu einem Kompromiss, der einstimmig gutgeheissen wurde: Die Regierung muss bis Ende Januar 2013 Vorschläge unterbreiten, wie sie die 800 000 Franken, die der Abbau bringen sollte, anderweitig im ED einsparen will. Damit ist der auf das Schuljahr 2013/14 geplante Stundenabbau an der Schaffhauser Volksschule vom Tisch.

Weiter hat das Parlament entschieden, dass die Polizei keine zweite semi-stationäre Radaranlage erhalten soll. Kommentar **nebenan**, weitere Berichte auf den **Seiten 17 und 18**

Zahl der zivilen Opfer im Gazastreifen steigt

Die EU-Aussenminister fordern einen Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas. Doch die Gefechte gehen weiter.

BRÜSSEL/GAZA Die Aussenminister der EU haben einen raschen Waffenstillstand zwischen Israel und der radikal-islamischen Hamas im Gazastreifen gefordert. Mehrere Minister übten bei einem Treffen gestern in Brüssel scharfe Kritik an der militanten Palästinenserorganisation. Die EU-Aussenbeauftragte Catherine Ashton forderte eine dauerhafte politische Lösung für die Krise im Gazastreifen. Sie sei in

ständigem Kontakt mit dem israelischen Regierungschef Benjamin Netanjahu und der Arabischen Liga.

Bei einem Angriff der israelischen Luftwaffe auf ein Medienzentrum in Gaza ist gestern nach palästinensischen Angaben Rames Harb, Kommandant der Al-Kuds-Brigaden, getötet worden. Harb war deren Propagandachef. Seit Beginn des blutigen Schlagabtauschs wurden laut Angaben der Hamas mindestens 107 Palästinenser getötet und mehr als 800 verletzt. Etwa die Hälfte der Getöteten seien Zivilisten, unter den Verletzten 200 Kinder. Auch drei Israelis starben. (sda) Weiterer Bericht auf **Seite 4**

Affäre Mörgeli

Verfahren gegen zwei Mitarbeiter

ZÜRICH Die Zürcher Staatsanwaltschaft hat ein Verfahren gegen zwei Mitarbeiter des Medizinhistorischen Seminars eingeleitet. Sie werden verdächtigt, Dokumente an den «Tages-Anzeiger» weitergegeben und so die Affäre Mörgeli eingeleitet zu haben. Die beiden Angestellten mussten eine Nacht in Polizeigewahrsam verbringen. Die Staatsanwaltschaft schliesst nicht aus, dass weitere Personen involviert sein könnten. Die Unileitung betont, Institutsleiter Flurin Condrau werde nicht verdächtigt. Angesichts der Situation habe Condrau aber gebeten, die Leitung interimistisch abzugeben. (sda) Mehr auf **Seite 5**

Kommentar

Wenn das nur gut kommt

ZENO GEISSELER

Sechs bürgerliche Parlamentarier, aber bloss zwei Personen aus dem links-grünen Flügel, haben gestern die Budgetdebatte ganz oder teilweise verpasst. Wären alle anwesend gewesen, könnten sich die Staatsangestellten heute möglicherweise nicht über eine einprozentige Gehaltserhöhung im neuen Jahr freuen, und das Resultat der laufenden Rechnung wäre ein bisschen weniger rot ausgefallen. Denn mit 23 zu 22 Stimmen fiel der Entscheid für 1 statt bloss 0,6 Prozent mehr Lohn sehr knapp aus.

Es ist unbestritten, dass Staatsangestellte im Kanton Schaffhausen nicht so gut verdienen wie an anderen Orten. Dass Regierung und Parlament ein Zeichen setzen wollten, ist verständlich. Mehr als ein Zeichen ist die Erhöhung aber nicht, denn je nach Alter und Lohnklasse beträgt das Plus gerade mal einen Franken pro Tag.

Gegenüber dem Steuerzahler haben Parlament und Regierungsrat auch ein Zeichen gesetzt, aber ein unschönes: Mit dem Sparwillen scheint es doch nicht ganz so ernst gemeint zu sein. Kein Privatunternehmen würde auf die Idee kommen, im grössten Krisenjahr der jüngeren Geschichte seinen Angestellten mehr Lohn zu bezahlen. Der Kanton aber schon. Dies ist umso unverständlicher, als die Regierung gestern selbst deutlich machte, dass es wirklich nur sehr wenig braucht, um die Kantonsfinanzen vollends aus dem Lot zu bringen. Wächst die Wirtschaft in den kommenden Jahren nicht wie erwartet, dieses Risiko ist mit Blick auf die Eurozone nicht von der Hand zu weisen, dann hat der Kanton ein massives Problem.

Den Staatsangestellten sei der höhere Lohn zu gönnen. Mehr Zurückhaltung wäre aber besser gewesen.

ANZEIGE

NEW THINKING. HYUNDAI. NEW POSSIBILITIES.

New Generation Hyundai **i30**
ab CHF 18990.-*

Munot Garage AG
Grubenstrasse 79, 8203 Schaffhausen
Telefon: 052 624 81 07
www.munotgarage.ch
e-mail: info@munotgarage.ch

A1283051

ANZEIGE

Natürlich ...
... auf Daunen gebettet

riposa
SWISS SLEEP

riposa SUPERNOVA

möbel
Frauenfelder

Flaach, Hauptstrasse 19, Tel. 052 305 30 60
Bachenbülach, Autobahnausfahrt, Tel. 044 860 58 58

www.frauenfelder.ch



Detailhandel Das Herrenmodegeschäft PKZ schliesst im Sommer 2013 seine Filiale in der Altstadt. **Stadt Schaffhausen Seite 21**

Wahlen Pius Brida will Neuhauser Schulpräsident werden. Damit will er vor allem für Kontinuität sorgen. **Region Seite 22**

Gestern im Kantonsrat

Vorsitz Hans Schwaninger (SVP)

► Der Kantonsrat hat mit 22 zu 2 Stimmen entschieden, die **Kürzungen im Eigenbereich des Kantonsrats** an einer späteren Sitzung zusammen mit dem Entlastungsprogramm **ESH3** zu behandeln.

► Das Parlament hat den **Finanzplan 2013 bis 2016** zur Kenntnis genommen.

► Der **Staatsvoranschlag 2013** wurde mit 49 zu 0 Stimmen angenommen, der **Steuerfuss** mit 37 zu 11 Stimmen bei **112 Prozent** belassen.

Nelly Dalpiaz verzichtet

Die SVP-Senioren werden nicht wie vorgesehen von Nelly Dalpiaz im neuen Kantonsrat vertreten werden. Dalpiaz hatte bei den Wahlen im September das beste Resultat ihrer Liste gemacht und einen Sitz geholt, sie muss jedoch aus gesundheitlichen Gründen auf das Mandat verzichten. Dies gab Kantonsratspräsident Hans Schwaninger gestern bekannt. Dalpiaz wird von Werner Schöni ersetzt. (zge)

Sätze zur Situation

Erich Gysel

«Ihr Lieben, das Leben ist einfacher, wenn man genügend Geld zur Verfügung hat.»

Andreas Frei

«Der Vergleich mit dem Thurgau fällt mir leicht, wohne ich doch etwa 20 Meter von der Kantonsgrenze weg.»

Christian Heydecker

«Matthias Freivogel hat mir vorhin nicht zugehört» – Freivogel: «Ich habe sehr wohl zugehört!» – «Ja, aber mich nicht verstanden.»

Werner Bächtold

«Was ich in der ESH3-Kommission gehört habe, hat meine Restmenge Haare zu Berge stehen lassen.»

Patrick Strasser

«Ich hoffe, Christian Ritzmann ist es nicht peinlich, wenn er so viel Lob von der SP erhält.»

Christian Amsler

«Wir haben das im Augen- und Mundkontakt abgesprochen.» (Gelächter im Saal) «Sie dürfen das nicht wörtlich nehmen.»

Ein paar Batzen mehr fürs Personal

Trotz tieferer Zahlen

bekommen die Staatsangestellten im kommenden Jahr ein Prozent mehr Lohn. Dies hat der Kantonsrat beschlossen. Die Abstimmung fiel denkbar knapp aus.

VON ZENO GEISSELER

Die Schaffhauser Staatsangestellten dürfen dem Kantonsrat dankbar sein. Das Parlament hat gestern im Rahmen der Budgetdebatte beschlossen, ihre Lohnsumme um ein Prozent zu erhöhen. Diese Erhöhung war sehr umstritten, denn gleichzeitig verabschiedete das Parlament auch ein Budget, das einen zweistelligen Verlust in der laufenden Rechnung vorsieht.

Millionenminus und Lohnplus sind für die Mehrheit des Parlaments aber kein Widerspruch, genauso wenig wie für die Regierung. Diese hatte sich im Vorfeld mit der Arbeitnehmervertretung auf eine Erhöhung um dieses eine Prozent geeinigt, was Mehrausgaben von 2,9 Millionen Franken entspricht. Der vorberatenden Geschäftsprüfungskommission (GPK) war dies zu viel. Sie beantragte bloss eine Erhöhung um 0,6 Prozent, also insgesamt 1,8 Millionen Franken.

«Ein Zeichen setzen»

Finanzdirektorin **Rosmarie Widmer Gysel** verteidigte die Erhöhung um ein Prozent: «Insbesondere um junge Mitarbeiter zu finden und auch zu halten, muss es eine Lohnperspektive geben», sagte sie. Es sei wichtig, nach der Nullrunde im letzten Jahr ein Zeichen zu setzen. Man dürfe nicht nur von Perspektiven sprechen, sondern müsse auch die entsprechenden Mittel dafür bereitstellen.

Widmer Gysel brachte dazu ein neues Element im Spiel, die Mutationsgewinne. Wird ein älterer Mitarbeiter pensioniert und übernimmt eine jüngere (und günstigere) Kollegin, spart der Arbeitgeber Geld. Ebenso, wenn eine Stelle eine gewisse Zeit nicht besetzt wird oder wenn eine hochqualifizierte Person durch eine weniger gut ausgebildete Kraft ersetzt wird. Wenn man diese Mutationsgewinne berücksichtigt, argumentierte Widmer Gysel, dann würde sich die Lohnsumme beim Vorschlag der GPK für die Jahre 2012 und 2013 zusammen überhaupt nicht



Ab 2013 werden ältere Lehrpersonen pro Tag etwa ein Dutzend dieser Münzen zusätzlich bekommen.

Bild Key

Lohnerhöhungen Beispiele

Hanna Muster (31), Polizistin
Lohnband 7, Bandposition c, Beurteilung 3
heutiger Monatslohn **5800 Franken**
Lohnerhöhung Antrag GPK **63 Franken**
Lohnerhöhung Antrag Regierung **99 Franken**

Max Muster (54), Primarlehrer
Lohnband 9, Bandposition e, Beurteilung 3
heutiger Monatslohn **9300 Franken**
Lohnerhöhung Antrag GPK **20 Franken**
Lohnerhöhung Antrag Regierung **35 Franken**

Quelle: Finanzdepartement Kanton Schaffhausen

verändern. Der Vorschlag der Regierung hingegen koste inklusive dieser Mutationsgewinne nicht 2,9 Millionen, sondern bloss 1,8 Millionen Franken. Widmer Gysel rechnete vor, was die beiden Varianten für typische Angestellte des Kantons bedeuten würden (siehe Tabelle). Junge Angestellte mit einem vergleichsweise niedrigen Lohn sollen stärker berücksichtigt werden als ältere Mitarbeiter mit hohen Löhnen.

GPK-Präsident **Stephan Rawlyer** (FDP, Neuhausen) konnte diesen Zahlen nichts abgewinnen. «36 Franken soll die Differenz zwischen Motivation und Unmotiviertheit betragen?», fragte er.

«Entscheidend, ob junge Lehrer und Polizisten bei uns bleiben, sind doch vor allem die Verlockungen der Grosse-region Zürich, nicht die marginale Differenz, welche die Regierung mit grossem Effort vorgetragen hat.» SP/AL-Fraktionschef **Werner Bächtold** hingegen bezeichnete den 0,6-Prozent-Anstieg als «absolut inakzeptabel». Arbeitgeber und Arbeitnehmer hätten sich geeinigt gehabt, «die GPK hat diesen Kompromiss einfach weggewischt».

«Rückläufige Teuerung»

Zuerst sah es so aus, dass der Rat bloss der kleinen Lohnerhöhung zustimmen würde. Denn die Fraktions-sprecher von der bürgerlichen Seite machten klar, dass ihre Vertreter mehrheitlich gegen das Ein-Prozent-Plus seien. «Wir haben eine negative Teuerung. Selbst wenn wir eine Nullrunde machen würden, hätten die Staatsangestellten mehr Geld», sagte etwa **Christian Heydecker** (FDP, Schaffhausen). Das Bundespersonal habe zwar auch ein Prozent erhalten, dem Bund gehe es aber finanziell viel besser als dem Kanton Schaffhausen.

«Negative Teuerung?», fragte **Patrick Strasser** (SP, Neuhausen) zurück. «Vielleicht beim Warenkorb. Der ist aber nicht der grösste Kostentrei-

ber, sondern die Krankenkassenprämien.» «Und überhaupt», sagte Strasser, «wenn sogar der tiefbürgerliche Regierungsrat ein Prozent fordert, dann darf auch die rechte Ratsseite zustimmen».

Mit dem Sekundarlehrer **Thomas Hauser** machte sich auch ein FDPler für die Erhöhung stark: «In den letzten 30 Jahren war ich immer im Ausstand, wenn es um die Besoldung ging. Doch jetzt gehe ich in Pension und nicht mehr in den Ausstand. Ich liefere ja nächstes Jahr vermutlich selbst einen Mutationsgewinn», witzelte er, um dann ernst zu werden: «Die Stimmung unter den Junglehrern und jungen Angestellten ist nicht gut.» Deshalb sei er für die 1-Prozent-Variante. Stadtarchivar **Peter Scheck** (SVP, Schaffhausen) war ebenfalls für die Erhöhung: «Auch wir haben ein soziales Gewissen. Ich bin überzeugt, dass der Vorschlag der Regierung der richtige ist.»

Dann ging es zur Abstimmung. Mit 23 zu 22 Stimmen entschied sich der Rat denkbar knapp für eine Lohnerhöhung um ein Prozent. Hätte Thomas Hauser sich der Stimme enthalten, hätte der Ratspräsident den Stichtenscheid gehabt – und das Ergebnis hätte ganz anders lauten können.

Weiterer Artikel auf **Seite 18**

Kantonsrat zweifelt am Optimismus der Regierung

2016 soll Schaffhausen wieder schwarze Zahlen schreiben, sagt der Regierungsrat. Das Parlament mag dies noch nicht so recht glauben.

VON ZENO GEISSELER

Geht alles nach den Plänen der Regierung, soll der Kanton in vier Jahren wieder schwarze Zahlen schreiben, und zwar ohne die Steuern zu erhöhen. Der Finanzplan sieht für 2016 einen Überschuss in der laufenden Rechnung vor, wenn auch einen minimalen (siehe Tabelle). Damit dieses Ziel erreicht werden kann, müssen jedoch mehrere Faktoren zusammenkommen, betonte Finanzdirektorin **Rosmarie Widmer Gysel** gestern im Rat. Erstens muss der Kanton das Entlastungsprogramm ESH3 wie geplant durchziehen können.

Dieses soll das Ergebnis zwischen 3,3 Millionen Franken (2012) und 25 Millionen Franken (jährlich wiederkehrend ab 2016) verbessern.

Zweitens dürfen zwei Volksinitiativen keine Mehrheit finden: die Vorlage für höhere Beiträge an die Krankenkassenprämien von SP und AL, über die am kommenden Wochenende abgestimmt wird, sowie die «Steuern runter!»-Initiative der Jungfreisinnigen. Sie beide brächten jährliche Kosten von 30 Millionen Franken.

Drittens darf sich das Wirtschaftswachstum nicht abschwächen. Dafür habe der Kanton schlicht keine Reserven, sagte Widmer Gysel. «Der Grat ist schmal, um nicht zu sagen messerscharf», sagte sie. «Für eine zusätzliche Belastung gibt es keinen Platz.»

Doch wie realistisch sind diese Annahmen? Diese Frage stellten mehrere Parlamentarier. **Stephan Rawlyer** (FDP, Neuhausen) sprach im Namen der Geschäftsprüfungskommission. «Die An-

nahmen sind recht optimistisch», sagte er. Neben dem offenen Ausgang der Abstimmungen sei auch fraglich, ob sich die Steuereinnahmen wie geplant entwickeln würden, gerade auch angesichts des Drucks der EU auf die Besteuerungsregimes der für Schaffhausen so wichtigen Spezialgesellschaften. Zudem seien sehr wohl höhere Steuern vorgesehen, nämlich Spezialsteuern für Grossinvestitionen wie das Spital. So oder so sei die Kommission skeptisch, ob alle Grossprojekte wie geplant realisiert werden könnten. Die Mehrheit der FDP/JF/CVP-Fraktion, sagte Rawlyer, werde zu Sondersteuern jedenfalls keine Hand bieten.

Werner Bächtold (SP, Schaffhausen) sagte, aus Sicht der SP/AL-Fraktion sei der Plan «sehr, wenn nicht gar zu optimistisch». **Erich Gysel** (SVP, Hallau) schloss sich namens der SVP/JSVP/EDU-Fraktion dieser Einschätzung an: «Es steht sehr viel Optimismus dahinter.» Seine Fraktion bekunde

Finanzplan des Kantons Schaffhausen 2013 bis 2016

in Millionen Franken	Budget 2012	Budget 2013	Finanzplan 2014	Finanzplan 2015	Finanzplan 2016
Laufende Rechnung					
Ertrag	614,2	640,4	652,9	667,2	690,5
Aufwand	650,1	664,1	668,4	673,2	689,7
Differenz	-35,9	-23,6	-15,5	-6	0,8
Investitionen					
Ausgaben	41,9	46,3	45,7	42,7	77
Einnahmen	12,9	15,2	15,9	9,2	12,5
Nettoinvestitionen	29	31,1	29,9	33,5	64,5
Finanzierungsfehlbetrag	49,2	37,4	26,2	18,6	32,9
Selbstfinanzierungsgrad	-69,7%	-20,4%	12,3%	44,5%	49%

Mühe, die Defizite zu schlucken. «Wir alle müssen Lösungen suchen, auch schmerzhaft, um aus den roten Zahlen zu kommen», sagte Gysel.

Als Vertreter der ÖBS/EVP-Fraktion sagte **Bernhard Egli** (ÖBS, Schaffhausen), dass es Zweifel gebe, dass die optimistische Einschätzung eintreffen

werde. «ESH3 muss vollumfänglich greifen, oder die Steuern müssen erhöht werden».

Da der Finanzplan ein unverbindliches Planungsinstrument ist, kann das Parlament darüber, im Gegensatz zum Budget, nicht befinden. Es nahm ihn gestern deshalb zur Kenntnis.

Schule: Stundenstreichungen gestrichen

Die Streichung von Schulstunden ab dem Schuljahr 2013/14 findet nicht statt. Darauf haben sich der Kantonsrat und die Regierung während der gestrigen Budgetdebatte geeinigt. Das Erziehungsdepartement muss neue Sparvorschläge präsentieren.

VON ERWIN KÜNZI

Die Detailberatung des Budgets 2013 für den Kanton Schaffhausen wird in die Geschichte des Kantonsrats eingehen. Sie zog sich über Stunden hin und brachte zum Teil dramatische Entscheidungen. Ein Hauptgrund für die ausführlichen Verhandlungen war der Umstand, dass der Kantonsrat das Sparprogramm ESH3 noch nicht materiell beraten hatte. Da dieses aber in grossen Teilen in das Budget eingeflossen war, kam es gestern zwangsweise zur Sprache, was, wie schon die Geschäftsprüfungskommission (GPK) in ihrem Bericht zum Budget 2013 kritisierte, zu einer Doppelberatung führte, denn ESH3 wird zu einem späteren Zeitpunkt nochmals Thema im Kantonsrat sein.

Zu einem Vorgeplänkel Budget 2013/ESH3 kam es, als sich das Parla-

ment mit dem Erziehungsdepartement befasste. Dort sind die Beiträge an die Landeskirchen aufgeführt, die laut ESH3 gekürzt werden sollen. *Bernhard Egli* (ÖBS, Schaffhausen) schlug vor, diesen Betrag aufzuteilen in einen, in dem es um die Ansprüche der Kirche aus der Übergabe des Kirchenguts an den Kanton geht, und in einen anderen, der die zukünftigen Staatsbeiträge an die Kirche festhalten soll. Nachdem verschiedene Redner erklärt hatten, dass dieser Antrag in der ESH3-Debatte gestellt werden müsse, da die Kürzungen erst ab 2014 greifen sollen, zog Egli seinen Antrag zurück.

Bei den Schwächsten sparen

Das war nur das Vorspiel zu dem, was noch kommen sollte. ESH3 sieht vor, dass ab dem Schuljahr 2013/14 auf allen Schulstufen eine Stunde gestrichen und so eine Einsparung von 800 000 Franken jährlich erzielt werden soll. Folgerichtig waren im Budget für die fünf Monate des Schuljahres, die 2013 betreffen, entsprechende Kürzungen bei den Besoldungen vorgesehen. Damit konnte sich *Christian Ritzmann* (JSVP, Schaffhausen) nicht anfreunden: Im Namen der SVP/JSVP/EDU-Fraktion hielt er eine Brandrede gegen die geplante Streichung. Das Erziehungsdepartement (ED) wolle bei den Schwächsten, nämlich den Kindern sparen und habe es unterlassen, andere Bereiche nach Sparmöglichkeiten, etwa in der ED-Verwaltung, zu durchforsten. «Das kann es nicht sein!», rief er in der Saal. Jetzt wolle man bei

denen sparen, die Bildung am nötigsten hätten. Es gelte, frühzeitig Sozialfälle zu verhindern, aber «diese Botschaft ist im ED wohl noch nicht angekommen». Ritzmann wollte die Stundenstreichungen verhindern und die 800 000 Franken beziehungsweise die für 2013 nötigen 330 000 Franken an anderen Orten einsparen, zum Beispiel bei der Pädagogischen Hochschule.

«Abbau ist machbar»

Unterstützung erhielt Ritzmann von der linken Seite, die sich über sein Votum sehr erfreut zeigte. Bei den Schülern zu sparen, sei falsch, meinte *Werner Bächtold* (SP, Schaffhausen); er erwarte, dass der Erziehungsrat die angekündigten Kürzungen, die er auf Anweisung der Regierung beschlossen hatte, zurücknehme. Das war der Auftakt zu einer immer hitzigeren Diskussion. Umstritten war, ob der Kantonsrat die Stundenstreichungen überhaupt rückgängig machen könne, denn einerseits seien diese Bestandteil von ESH3, und andererseits sei das Sache des Erziehungsrates und nicht des Kantonsrats. Regierungsrat *Christian Amsler*, Vorsteher des ED, verteidigte die Kürzungen, denn jedes Departement habe etwas zum Sparen beitragen müssen. «Der Abbau tut weh, ist aber machbar», meinte er und wies auf die gute Situation des Kantons im schweizerischen Vergleich hin, die auch nach der Kürzung noch bestehe. Einfach die ED-Verwaltung mit einem Stellenabbau zu bestrafen, gehe nicht an. Die Verwaltung sei nicht aufge-

bläht, sondern seit Jahren stabil. «Der Kantonsrat kann heute diesen Entscheid nicht kippen» zeigte sich Amsler überzeugt.

Stimmung falsch eingeschätzt

Die Diskussion zeigte aber bald einmal, dass Amsler die Stimmung im Rat falsch eingeschätzt hatte. «Wir müssen im Budget Luft schaffen, damit dieser Abbau rückgängig gemacht werden kann. Die Bevölkerung will das», erklärte *Alfred Tappolet* (SVP, Schaffhausen). «Wir müssen heute ein Signal aussenden», sagte *Heinz Rether* (ÖBS, Thayngen). Es wurde immer klarer, dass die Fraktionen SP/AL, SVP/JSVP/EDU und ÖBS/EVP bereit waren, Streichungsanträgen beim ED zuzustimmen, um so die Möglichkeit zu schaffen, den Abbau rückgängig zu machen. Dagegen konnte auch *Christian Heydecker* (FDP, Schaffhausen) nichts ausrichten, der mahnte, der Abbau sei Sache des Erziehungsrates und dieser habe für das Schuljahr 2013/14 entschieden.

Rawylers Kompromissvorschlag

In dieser verfahrenen Situation kündigte Ratspräsident *Hans Schwaminger* (SVP, Guntmadingen) die Mittagspause an. Diese wurde eifrig genutzt, um den Karren wieder aus dem Dreck zu ziehen und einen Kompromiss zu finden. Diesen konnte GPK-Präsident *Stephan Rawyler* (FDP, Neuhäusern) zu Beginn der Mittagsitzung präsentieren. Dieser sah, nachdem die ausführliche Diskussion dazu noch ei-

nige Änderungen gebracht hatte, wie folgt aus: Die Regierung legt bis Ende Januar 2013 dem Kantonsrat einen Bericht und Antrag vor, wie beim ED die 800 000 Franken eingespart werden können, ohne dass in der Volksschule Stunden abgebaut werden müssen. Im Budget 2013 werden beim ED 330 000 Franken zusätzlich eingefügt, die durch die Stundenstreichung hätten eingespart werden sollen. Damit aber nach der Vorlage der Regierung von Ende Januar 2013 auch tatsächlich gespart wird, wurde beim ED gleichzeitig ein Negativkonto in gleicher Höhe eingefügt.

Klassengrößen optimieren

Die Regierung wird sich jetzt also an die Arbeit machen und neue Sparmöglichkeiten im ED suchen. Diese sehe er in drei Bereichen, meinte Christian Amsler: bei der Abschaffung der Abteilungsstunden, der Erhöhung der Lehrereinstellungen sowie den Klassengrößen, wobei Letztere im Vordergrund stehen würden, werde doch gerade in den Landgemeinden das gesetzliche Maximum nicht ausgeschöpft; dort gebe es noch Sparpotenzial. Allerdings sehen nicht alle im Rat das so, und hitzige Diskussionen zu dieser Vorlage wurden bereits gestern vorgeplant. Der Kompromissvorschlag wurde schliesslich vom Kantonsrat einstimmig gutgeheissen. Damit sind die Stundenstreichungen in den Schaffhauser Schulen vom Tisch, und sämtliche Vorbereitungen dazu werden ab sofort gestoppt.

Schaffhauser Jugend im Bundeshaus

Jugendliche aus allen Teilen der Schweiz, auch aus Schaffhausen, nahmen am Wochenende an der Jugendsession in Bern teil.

VON SELINA ZEHNDER

Rund 200 Jugendliche aus der ganzen Schweiz, im Alter von 14 bis 21 Jahren, diskutierten am vergangenen Wochenende an der Jugendsession in Bern und formulierten elf verschiedene Forderungen zu aktuellen Themen wie Energiepolitik und Raumplanung. Unter den Teilnehmern waren auch sechs Schaffhauser Jugendliche: Vier davon erzählen im Gespräch mit den SN von ihren Eindrücken und Erlebnissen.

«Es ist ein grosses Privileg, wenn man als Jugendlicher das Bundeshaus in Bern während rund eineinhalb Tagen belagern und den Nationalratssaal nutzen darf», erklärt der Kantonschüler *Linus Zimmermann*. «Das ist wirklich keine Selbstverständlichkeit», pflichtet der Student *Simeon Marty* ihm bei. Der Kantonschüler *Julian Stoffel* und der Praktikant *Cédric Käppler* waren vom Nationalratssaal und von seiner Atmosphäre beeindruckt.

Heftige Diskussionen

Begonnen hatte die diesjährige Jugendsession für die vier aber nicht erst am Samstag in Bern, sondern bereits am Donnerstag an der Regionalsession in Zürich: «In vier Arbeitsgruppen haben wir vier verschiedene Themen und Forderungen ausgearbeitet», erklärt Stoffel. Ihre Präferenzen in der Themenwahl durften die Teilnehmer bereits bei der Anmeldung angeben. «Diese waren dieses Jahr besonders interessant», erklärt Käppler, der bereits das zweite Mal an einer Jugendsession teilnahm. Die Forderungen, welche die Jugendlichen am Donnerstag und Freitag erarbeiteten, wurden danach am Samstag und Sonntag im Plenum in Bern behandelt und ausführ-



Vier der sechs Schaffhauser Teilnehmer diskutieren auch noch nach Ende der Jugendsession angeregt über deren Themen: Cédric Käppler, Julian Stoffel, Linus Zimmermann und Simeon Marty (von links).

Bild Selina Zehnder

lich diskutiert. Doch wie Marty berichtet, sei es auch in Zürich schon heiss zu- und hergegangen: «Bereits in der Arbeitsgruppe hatten wir interessante Diskussionen zu unserem Thema geführt. Zum Glück waren die Teilnehmer in den Gruppen und deren politischen Orientierungen relativ stark durchmischt.»

Rede von Bundesrat Berset

Für die vier Schaffhauser Teilnehmer waren die Diskussionen im Bundeshaus ein Highlight der vier Tage. «Was mir aber wirklich am meisten gefallen hat, sind die Reden des Bundesrates *Alain Berset* und des Nationalratspräsidenten *Hansjörg Walter*», sagt Stoffel. «Wir hatten sogar davor und danach die Möglichkeit, mit den beiden zu diskutieren», erklärt Zimmermann. Aber auch mit anderen Politikern seien sie in Kontakt gekommen: «In der Wandel-

halle des Bundeshauses gab es Stände der Jungparteien, wo wir auch mit einigen Politikern ins Gespräch kommen konnten.»

Die Stimme der Jugend

Das Ziel der Jugendsession sei es, so die vier, durch die Ausarbeitung von Forderungen oder Petitionen zu den verschiedenen Themen ein Zeichen zu setzen und dem Bundesparlament zu vermitteln, was die Jugendlichen davon denken. Denn, wie Marty erklärt, es wäre auch wichtig, die Meinung der Jungen in wichtigen Zukunftsfragen anzuhören, denn ihnen gehört die Zukunft. Ob die Forderungen jedoch überhaupt im Nationalrat diskutiert würden, sei noch nicht klar, wie Käppler erklärt: «Es wäre schon schön, wenn ein paar Petitionen vom Nationalrat angenommen würden. Aber das ist leider nicht so oft der Fall.»

Jugendsession Teilnehmer aus der Region

Cédric Käppler ist Praktikant und wohnt in Neunkirch. Der 18-Jährige ist im Vorstand des Jugendparlaments SH, in der Juso und war bereits zum zweiten Mal an der Jugendsession.

Julian Stoffel ist 15 Jahre alt, Kantonschüler aus Herblingen und parteilos. Dieses Jahr war er das erste Mal dabei.

Linus Zimmermann aus Neunkirch (18) ist Kantischüler. Er ist parteilos und nahm zum ersten Mal teil.

Simeon Marty ist Student der Geschichte und Theologie aus Gächlingen. Der 20-Jährige hat bereits zum zweiten Mal teilgenommen und ist ebenfalls in der Juso.

Nein zur Prämien-Initiative

Am 25. November stimmt die Bevölkerung über die Initiative «Für bezahlbare Krankenkassenprämien» ab. Eine Annahme hätte für den Stand Schaffhausen gravierende finanzielle Konsequenzen. Um dieser Situation Einhalt zu gebieten, wurde ein überparteiliches Komitee «Nein zur Prämien-subsidierungs-Initiative» gegründet, welchem die bürgerlichen Parteien FDP, JFSH, SVP, JSVP und CVP sowie die IVS und der Kantonale Gewerbeverband Schaffhausen angehören.

Bereits jetzt bezahlen Kanton und Gemeinden rund 20 Millionen Franken an Prämienverbilligungen an Haushalte mit unteren und mittleren Einkommen, dazu kommt der Bundesbeitrag von über 20 Mio. Franken. Fände die Initiative eine Mehrheit, so würde sich der Beitrag von Kanton und Gemeinden um 10 Mio. Franken erhöhen, was nicht ohne schmerzliche Abstriche in anderen Bereichen zu kompensieren ist.

Die Initianten suggerieren, die vom Kantonsrat im Herbst 2011 beschlossene und heute nun gültige Regelung sei unsozial und völlig ungerecht. Diese Behauptung ist kaum stichhaltig. Schaffhausen kann es sich nicht leisten, mehr Prämienverbilligungen auszusütten als die Nachbarkantone Zürich und Thurgau. Ganz zu schweigen von Kantonen wie St. Gallen oder Schwyz, welche Beiträge bezahlen, die 50 Prozent und mehr unter demjenigen unseres Kantons liegen.

Die Befürworter führen weiter ins Feld, dass man die Mehrkosten mit Steuererhöhungen kompensieren könne. Dies würde jedoch problematische Auswirkungen haben. Das Steuerniveau konnte im Kanton Schaffhausen über die letzten Jahre gesenkt werden. Es liegt aber immer noch deutlich über demjenigen unserer Nachbarn ennet des Rheins. Der Blick über unsere Landesgrenzen hinaus beweist, dass hohe Steuersätze kaum zu höheren Steuereinnahmen führen. Aus all diesen Gründen empfindt das überparteiliche Komitee «Nein zur Prämien-subsidierungs-Initiative» den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern Schaffhausens ein Nein. (Mitg.)